

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

81/14

VOR DEN WAHLEN

Eindrücke aus
Südafrika

MOÇAMBIQUE

Interview mit
Richard Schenz

STADTPORTRÄT

Johannesburg, mon amour



SADDOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADDOCC:

- Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00) Tel. 01/505 44 84 Fax 01/505 44 84-7 URL: <http://www.sadocc.at>
- das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- Projekt Schwimmunterricht in Südafrika

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADDOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960., IBAN AT706000000093009960, BIC OPSKATWW)

ACHTUNG - geänderte Postadresse: Wir haben unser Postfach aufgelassen – postalische Zusendungen bitte nur mehr an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1!

• *Offenlegung: INDABA wird herausgegeben vom Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADDOCC) in Wien (ZVR-Zahl 973735397) und bezweckt die Information und Diskussion über Entwicklungen im Südlichen Afrika. Dem Vereinsvorstand gehören an: Mag. Bernhard Bouzek, HK Lydia Dyk, Dr. Astrid Esterlus, Johann Gattringer, Dr. Ingeborg Grau, MSc Ulrike Gomelsky, Mag. Robert Konrad, Adalbert Krims, Univ. Prof. Dr. Walter Sauer, Abg. z. Ltg. Godwin Schuster, Dr. Gabriele Slezak.*

Leserbrief

zu „Energiepolitik in Südafrika“
(INDABA 80/13):

Die Geisteshaltung vom südafrikanischen Energieminister im Interview ist ziemlich erschütternd – wenn auch ‚(weltweit Politikerkasten-)mainstream‘-konform.

Vielleicht sollte man versuchen, ihm die Augen zu öffnen – z.B. das Buch ‚TSCHERNOBYL eine Chronik der Zukunft‘ von Svetlana Alexijewitsch (gibt’s sicher auch auf Englisch), wenn ihm Fukushima nicht genügt, bzw. die DVDs ‚Gasland‘ und ‚Gasland II‘ von Josh Fox zur Ansicht zukommen lassen ...“

T.Sissi Aigner

3 Jedes Mal ein anderes Land

Kirsten Rütter über Südafrika im Jahr 20



spektrum **8**

12 Wirtschaftskammer und Moçambique

Österreichische Firmen sondierten den Markt in Maputo und Beira, wir sprachen mit WKÖ-Vizepräsident Schenz

15 Investitionsschutz

Elisabeth Beer über die begrüßenswerte Kündigung der Abkommen durch Südafrika

Herbert Jauch über die Krise des BIG-Projekts in Namibia **17**

Klimawandel in Tanzania **19**

22 Johannesburg nach der Apartheid

Marlene Wagner über den Wandel der Goldstadt

Neues vom Masimbambane College **24**

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Elisabeth Beer, Lisa Dyk, Herbert Jauch, Horst Kleinschmidt, Robert Konrad, Kizito Makoye (ips), Eva Rauter, Kirsten Rütter, Walter Sauer, Marlene Wagner, Magdalena Waygand. **Fotos:** ips, Peter Lechner/HBF, SADOCC, Walter Sauer, Richard Schenz, Südafrikanische Botschaft, Marlene Wagner, Magdalena Waygand. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 5. März 2014. **Konto:** BA-CA, BLZ 12000, Konto-Nr. 00610 512 006 oder PSK, BLZ 60000, Konto-Nr. 93.009.960. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Christian Mährdel †, Wien.

Johannesburg, August-September 2013

Eindrücke von einem Forschungsaufenthalt

Seit 1996 reist Kirsten Rütter regelmäßig nach Südafrika, meist in universitärem Kontext. Jedes Mal fand sie praktisch ein anderes Land vor – von „Partystimmung“ bis zu „Frust und Wut“. Die Stimmung heute, vor den bevorstehenden Parlamentswahlen, schien ihr kritisch. Wo steht Südafrika in fünf Jahren?

Das erste Mal kam ich 1996/97 nach Südafrika. Aus unmittelbar eigenem Erleben kenne ich daher zunächst einmal das Südafrika der Post-Apartheid. Ich wollte damals für meine Doktorarbeit forschen und nahm Kontakt mit der *University of the Witwatersrand* auf. Ich wurde von einer tollen Stimmung eingefangen: In Südafrika war Party. Alle waren begeistert von dem Aufbruch, auf

Südafrika hatte, was Deutschland fehlte

den viele derjenigen, die ich kennen lernte, einen Teil ihres jungen Lebens hingearbeitet hatten. Diese Aufbruchstimmung war so gänzlich anders als die undynamische Stimmung in Westdeutschland, wo der zeitlich parallele Aufbruch – die Ost-West-Grenze war immerhin beseitigt worden – keine ähnlich gelagerte Stimmung hervorbrachte. In Südafrika habe ich erst begriffen, was in Deutschland fehlte.

Seit dieser ersten und so prägenden Zeit bin ich häufig und regelmäßig in Südafrika gewesen – manchmal in kurzen, manchmal in weiter auseinander liegenden Abständen. Jedes Mal kam ich fast in ein anderes Land. Das mag etwas übertrieben klingen,

aber es kommt der großen Dynamik nahe, mit der sich meiner Ansicht nach die Verhältnisse in Südafrika verändern. Es kommt auch den großen Stimmungsschwenken nahe, die ich über die Jahre in Südafrika begriffen habe – und die mich so faszinieren.

Nach der Party kam der Kater. Das stellte ich 1998 fest. Später kamen auch Frust und Wut hinzu – oft gepaart mit einer andauernden Bindung der Menschen in Südafrika und ihrem entschlossenen Willen zum Mitmachen bei einem wahrhaft überwältigenden

Projekt: dem Umbau einer ganzen Gesellschaft.

- Ich war da in der Zeit, in der Thabo Mbeki den kausalen Zusammenhang zwischen HIV und AIDS bestritt und statt dessen einen Armutsdiskurs lancieren wollte. Auf der *World Aids Conference*, die im Juli 2000 in Durban ausgerichtet wurde, war das ein großes Thema.

- Ich war in Durban, als dort im September 2001 die *World Conference against Racism* stattfand. Die US-Amerikaner hatten wegen der Debatte um Restitutionen nur eine



Kirsten Rütter bei ihrem Vortrag in der SADOCC

low level-Delegation geschickt, die die Konferenz auch noch am 3. 9. verließ. Am 11. September 2001 war ich in Moçambique, erlebte den Schock nach den Anschlägen auf das *World Trade Center* in New York in Südafrika mit und die mir doch etwas absurd anmutende Diskussion um den Verlust allen Sicherheitsgefühls in Europa und den USA. Sicherheit? Das war in Südafrika immer ein ganz eigenes Thema.

- Ich war in Johannesburg, als Südafrika nicht den Zuschlag für den Weltcup 2006 erhielt, und als 2008 die *power cuts* begannen, die Energieausfälle, die Millionen Menschen im Verkehr stecken blieben ließen oder dafür sorgten, daß man hektisch versuchte, noch vor den angekündigten Abschaltungen nach Hause zu gelangen.

- Ich war da im März 2008, bevor sich im Mai die xenophobe Stimmung gegen afrikanische Fremde in Johannesburg und Kapstadt erhob: Auch damals herrschte eine angespannte Stimmung.

- Und das vorletzte Mal war ich in Südafrika nach dem World Cup, im November 2010 – ein ganz kurzer Aufenthalt nur von drei Wochen. Ich sah, daß gleichaltrige Freundinnen gerade Großmütter wurden; ansonsten war ich erschöpft von einem mittlerweile Jahre anhaltenden Bewerbungsmarathon, der mich irgendwie im Kreise herum-, aber an kein Ziel führte.

Das sind Eckpfeiler, an die ich mich aus dem Stegreif erinnere, und die meine Einordnungen zeitlich strukturieren.

das letzte Mal war ich im letzten Herbst in Südafrika, also im August und September 2013, und zwar in Johannesburg und in Polokwane.

Populistischer

86 vorwiegend kirchliche Persönlichkeiten aus der Kapprovinz wenden sich in einer Stellungnahme im Dezember gegen die zunehmende populistische Instrumentalisierung der sozialen Probleme durch „eine Gruppe politischer Aktivisten“ aus verschiedenen Parteien. Unter den Erstunterzeichnern der in der *Cape Times* veröffentlichten Erklärung befinden sich u. a. der frühere und der jetzige anglikanische Erzbischof von Kapstadt, Desmond Tutu und Thabo Cecil Makgoba, Theologen wie Edwin Arrison (*Kairos Southern Africa*), Ernst Conradie (UWC) oder Fanie du Toit (*Institute for Justice and Reconciliation*), Vertreter verschiedener religiöser Gemeinden wie Stefan Hippler (kath.), Heila und Rodney Downey (Zen-Buddhismus) oder Bulelani Macwili (traditioneller Heiler) sowie politische Aktivist/inn/en wie Louise Asmal und Horst Kleinschmidt.

Die Erklärung bedauert eingangs die „*unadäquaten*“ öffentlichen Leistungen für die arme Bevölkerung in der Provinz wie in ganz Südafrika. „*Es ist verständlich, wenn sich arme Menschen frustriert fühlen und wütend sind. Es muß alles unternommen werden, um Engpässe zu vermeiden und die sozialen Dienstleistungen hier und im ganzen Land zu verbessern.*“

All dies, fährt das Statement fort, sei „*aber auch ohne Zuflucht zu Gewalt möglich und ohne, daß Haß und Respektlosigkeit geschürt werden. Als südafrikanische Bürger/innen sind wir in höchstem Maße betroffen über die vielen Vorfälle, welche in vielen Teilen des Landes einen Mangel an Respekt gegenüber den demokratischen Werten deutlich machen. Die jüngsten Ereignisse in Western Cape sind ein störender Trend, der landesweit einen zunehmenden Angriff auf die Demokratie darstellt. Es gab im Western Cape himmelschreiende Versuche die Provinz unregierbar zu machen, einfach weil bestimmte Personen nicht mit dem demokratischen Willen der Mehrheit übereinstimmen. Dieser Trend zeigte sich auch in anderen Teilen des Landes, wo neue Parteien gegründet wurden, die große Schwierigkeiten haben, ihre politischen Manifeste zu vertreten.*“

Alle Mitglieder der Wählerschaft sollten die Freiheit haben, Kritik an Politikern zu üben, sowie die Möglichkeit, ihre Rechte wahrzunehmen und ihre Wahl auf Basis ihrer Erwartungen an die Regierung zu treffen. Sie sollten nicht durch gewaltsame Angriffe oder Proteste, Redeunterbrechungen oder die Androhung von Blockaden der Regierungsgeschäfte bedroht werden.

Der Mangel an Führungsqualität zur Disziplinierung dieser anti-demokratischen Kräfte birgt ernste Gefahren und erzeugt eine Stimmung des Hasses, die, wenn einmal entfacht, erst in vielen Jahren wieder eingedämmt werden kann, was auch für unsere Wirtschaft drastische Auswirkungen hätte. Der Geist der Humanität und die Ethik des Respekts für Menschenrechte für alle wird auf diese Art ausgehöhlt.

Wir als Bürger des guten Willens stehen nun auf und weisen solche Gewalt-

Wahlkampf?

akte aufs schärfste zurück. Wir stellen uns gegen jede Aktion, welche die Würde von Individuen oder Gemeinschaften herabsetzt oder ignoriert und politischen Persönlichkeiten die Möglichkeit, ihre Meinung und ihre Anliegen in Frieden vorzubringen, verweigert.

Wir rufen die Glaubensgemeinschaften auf, sich an die Spitze der Wiederherstellung demokratischer Werte zu stellen, die durch Taten, die sich nicht mehr von purem Rowdytum unterscheiden, zerstört und negiert werden.

Gemeinsam können wir eine Charta zur Wertschätzung der Verfassung und der Grundwerte verabschieden, damit die Werte der Freedom Charta, die wir in unserer Verfassung und Gesetzgebung verankert haben, wieder hoch gehalten werden. Wir fordern jene, die gewaltsame Aktionen durchführen auf, ihre Strategien und Methoden zu überdenken und sie in Zukunft durch konstruktive Methoden politischen Engagements und friedliche Proteste zu ersetzen.

Frieden, Fortschritt und Wohlstand hängen auch davon ab, wie wir unsere hart erkämpften demokratischen Rechte ausüben. Der Respekt vor der menschlichen Würde, die Förderung von Gleichheit und unsere Freiheit sind bedroht, wenn nicht alle Menschen guten Willens sich dafür erheben.“

Ein trauriges Beispiel für die in der Stellungnahme kritisierten „unadäquaten“ öffentlichen Leistungen für die arme Bevölkerung“ teilte uns wenig später unser Beiratsmitglied Horst Kleinschmidt mit, der in einer lokalen Bürgerinitiative für die südliche Kaphalbinsel namens *ubuMelwane* (isiXhosa für „Nachbarschaft“) engagiert ist. Demzufolge wurde am 27. Jänner von der Stadtverwaltung von Kaptadt mit der Räumung der Wellblechsiedlung von Masiphumele begonnen; hier lebten Menschen, die vor einigen Jahren vom Eastern Cape nach Kapstadt gezogen waren, teilweise Arbeit als Hausangestellte etc. gefunden hatten und auf der Regierungsliste der Wohnungssuchenden stehen – ohne allerdings zu wissen, wann ihnen ein RDP-Haus zugeteilt werden wird.

Der neue Siedlungsplatz verfügt zum Unterschied vom bisherigen nicht über elektrischen Strom, und die sanitären Anlagen sind unzureichend und teilweise versperrt.

Horst Kleinschmidt: „Die Stadtverwaltung sagt, es gäbe zu wenig Platz für die vielen Zuwanderer. Gleichzeitig aber liegen in Kapstadt riesige Landflächen brach, die dem Verteidigungsministerium, der Eisenbahn oder anderen staatlichen Institutionen gehören, in Culembourg, Wingfield, Youngsfield or Fort Wynand zum Beispiel. Man ist nicht imstande, dieses Land für sozialen Wohnbau freizumachen. Lieber läßt man es ungenützt liegen und wartet auf gute Angebote von Spekulanten. ... Ich bin schockiert und betroffen, wie wir mit den Ärmsten der Armen umgehen – nicht verwunderlich, daß die soziale Verbitterung in unserem Land steigt.“

Wieder waren drei Jahre seit meinem letzten Aufenthalt vergangen, und ich war also gespannt. Gewohnt habe ich diesmal auf dem Campus der *Wits University*. Damit war ich an den Uni-Bus angeschlossen, der seit einiger Zeit in relativ kurzen Abständen die verschiedenen Universitätsgelände und studentischen Wohnheime abfährt und lauter wissensdurstige Studierende zur Wits bringt. Mit diesem Bus ging es rauf auf die M1 bei *Jan Smuts Avenue* und nach einer kurzen Schleife gleich wieder runter bei der Ausfahrt *Empire Road*. Aufs Unigelände gelangte ich dann stets ohne weitere Identitäts- und Sicherheitsprüfung. Das ist nicht unerheblich bei den Sicherheitsvorkehrungen an der Wits. In gewisser Hinsicht erinnert das Betreten des Campus nämlich an Prozeduren, die man sich schlechthin für den Hochsicherstrakt eines Gefängnisses oder einer internationalen Regierungsorganisation vorstellt. Nicht unwesentlich also, hier mit dem Bus raufzukommen, zumal in der ersten Woche, bis man all seine Karten und Zugangsberechtigungen zu Bibliothek, Wohncampus, Mensen, Cafeterias, Unimuseum und eben Hörsaalgelände in Händen hält.

Gleich zu Anfang meines Aufenthaltes konnte ich einer Buchpräsentation beiwohnen. Der vierte, fünfte und sechste Band der Dokumenten-Sammlung „*From Protest to Challenge*“ wurden dem Markt übergeben, die Bände mit einem zeitlichen Fokus auf das Jahrzehnt zwischen 1980 und 1990. Die Bände zeigen, daß die Regierung in jenem Jahrzehnt mit einem bis dahin nicht dagewesenen Druck von innen und außen konfrontiert war und daß es sehr unterschiedliche Vorstellungen dahingehend gab, wie Apartheid zu retten oder in der Zukunft zu modifizieren sei. Aus den in der Sammlung abgedruckten Dokumenten geht aber

auch hervor, daß der Widerstand dieser Jahre alles andere als homogen war – ein Umstand, über den seit dem Ende der Apartheid immer stärker hinweggegangen wird.

Zwar gelang es ANC und UDF seit den späten 70er Jahren bzw. nach 1983, eine Vormachtstellung im Widerstandsspektrum aufzubauen. Doch waren letztendlich viele Gruppierungen an der Niederbringung des Apartheid-Regimes beteiligt. Dieses Bewußtsein in einer Zeit wach zu halten, in der dem ANC fast aller Ruhm des Widerstandes zugeschrieben wird, setzt einen wichtigen Impuls in der Erinnerung an die Apartheid-Zeit und in der Aneignung des Widerstand-Topos.

In den Beginn meines Aufenthaltes fiel auch die *Ruth First Memorial Lecture*, die 2013 unter dem Titel „12 Months On: Marikana and its Meaning for the National Development Plan“ abgehalten wurde. Wie Sie alle wissen, zählte die 1925 geborene und 1982 durch eine Briefbombe in Maputo getötete Anti-Apartheidsaktivistin zu den prominenten Gesichtern des Widerstandes wie auch zu den prominenten Gesichtern der Wits-

Absolventinnen, wo sie Vorlesungen in Soziologie, Anthropologie, Wirtschaftsgeschichte und „Native Administration“ besucht hatte. Tatsächlich kann die Wits auf eine stattliche Zahl

kritischer Intellektueller, Journalisten und Aktivisten zurückblicken, und mir schien, daß es eine besondere Herausforderung darstellt, diese Tradition über die Brüche der letzten Jahre in die Gegenwart zu transportieren.

Was ich bei einem Forschungsaufenthalt immer als erstes mache: die aktuelle Ausgabe des *Mail &*

Guardian kaufen. Nicht, daß man die Nachrichten nicht auch von hier aus über das Internet verfolgen könnte. Aber ich mache das eigentlich nicht regelmäßig. Dafür lese ich dann gern Zeitung in Südafrika. Die Ausgabe, die ich als erstes kaufte (und andere danach auch) war voll von Artikeln, die sich mit Korruptionsthemen befaßten. Außerdem zog sich das Thema Marikana durch alle Ausgaben. Das sonst so bestimmende Thema HIV/Aids war weitgehend verdrängt. Nach vielen Jahren ist diesbezüglich offensichtlich doch viel getan und erreicht worden.

Das neue, alles bestimmende Thema also: Korruption. Es geht nicht um Millionen-, sondern um Milliardenbeträge, die veruntreut oder umgeleitet werden. Und das bei fehlender und völlig indiskutabler Grundversorgung vieler Südafrikaner/innen, die in ihren Dörfern oft nicht einmal Wasser haben, deren schulische Ausbildung einer Katastrophe gleichkommt oder die sich täglich gegen ein Gestrüpp von Gewalt und Kriminalität selbst erhalten müssen. Der unglaubliche Reichtum einiger Familien raubt einem den Atem, wenn diese in Restaurants und an Stränden oft kolonial anmutender als die privilegierten weißen Reichen auftreten, ihre Nannies haben und über einen Fuhrpark verfügen, der seinesgleichen sucht. In bestimmten Vierteln liegen prunkvolle Häuser und aufwendigste Gartenanlagen – alles hinter Zäunen und Mauern, die mit Stacheldraht, Elektrizität und privaten Sicherheitsleuten geschützt sind. „*Conspicuous consumption*“ – lautet das Schlagwort. Und diese conspicuous consumption erinnert an die Gesetze primärer Akkumulation. Wenn Geld zu Kapital wird und es kaum Gesetze gibt, die diesen Prozess abfedern, bereichern

sich einige, während andere einfach rausfallen. Dies ist ein höchst aggressiver Prozess. Und er löst Frustration aus bei denjenigen, die sich bislang in gesellschaftliche Belange auch eingebracht haben, an dieser Form der Wohlstandseinbringung aber nie partizipieren werden.

Parallel dazu gibt es zahlreiche Fälle von Gewalt gegen Frauen. Sie scheint

nicht nur ein parallel zur Reichtumsakkumulation verlaufender Prozeß zu sein, sondern präzise damit gekoppelt. Es gibt seit dem Ende der Apartheid einen so ausgeprägten Diskurs über die Gleichheit und vor allem die Gleichwertigkeit aller Menschen. Und doch stellt seit dem Ende der Apartheid häusliche Gewalt ein ständig präsentenes Thema dar.

Ich kann mich erinnern, vor Jahren an der *University of KwaZulu-Natal* ein Kunstfestival von Frauen besucht zu haben. Viele Vereinigungen boten Tanz und Musik dar, spielten kurze Theaterstücke – die Darbietungen waren einfach sehr schön und inspirierend (und gar nicht als politische Performance gedacht). Und doch sah ich mir damals die Darbietungen an vor dem Hintergrund gerade neu herausgegebener Statistiken, die zum Beispiel festhielten, daß im *Eastern Cape* die Rate häuslicher Gewalt gegen Frauen besonders hoch war – und dort auf der Bühne traten einige Frauen aus dem *Eastern Cape* auf – denen ein Opfer-Sein natürlich nicht ins Gesicht geschrieben stand und die sich als solche sicher auch nicht verstanden.

In den Sinn kommt mir auch wieder eine Begegnung aus dem Jahr, als ich mich zur Forschung in Kapstadt aufhielt. Damals wohnte ich bei Freun-

Korruption bestimmendes Thema

Kritische Tradition und die Gegenwart?

den in Mowbray, die mir das Bett ihrer Tochter überließen. Am Sonntag nahm mich die Familie mit zum Gottesdienst einer pentecostalen Kirche nach Hannover Park, einem Township, das einst für sogenannte *Coloureds* errichtet wurde und dessen Bevölkerung immer noch stark coloured ist. Es war das erste Mal, daß ich den Gottesdienst einer Pfingstkirche besuchte – und ich glaube, ich habe eine Soft-Variante erwischt. Während des Gottesdienstes gerieten insbesondere junge Frauen in Trance, die – wie mir die neben mir stehenden Frauen versicherten – „Muslim boyfriends“ hatten. Ich staunte, daß Frauen in interreligiösen Beziehungen sich ausgerechnet in einer Pfingstkirche gut aufgehoben fühlten – die ja nun doch meist ein sehr dezidiertes Christentum repräsentieren. Aber vielleicht bieten solche Kirchen starke Rezepte gegen starke emotionale Spannungen, denen Menschen ausgesetzt sind.

Am Nachmittag versammelten die Frauen sich in dem Haus einer Frau, die hier mit ihrem Mann und ihren beiden Töchtern gelebt hatte. Ihr Mann war gewalttätig gegen sie geworden, hatte sie mit der Machete durch die Straßen gejagt, und sie war nun weggezogen, zur Miete in Kapstadt, hatte „ihr“ Haus vermietet – ohne allerdings Miete von den neuen Bewohnern zu bekommen. Nun trafen wir uns dort am Nachmittag. Was zunächst als eine Geburtstagsfeier begann, mündete sehr schnell in einer Runde von Gesprächen. Die Frauen begannen, von ihren Gewalterfahrungen zu sprechen. Alle (!) dort Sitzenden hatten Gewalt ihrer Väter, Brüder, Onkel, Männer oder Boyfriends erfahren, waren geschlagen und vergewaltigt, auch geschwängert worden. Die Kinder spielten draußen. Zwei kleine

Babies wurden von Arm zu Arm unter den Müttern gereicht, während sie erzählten.

Ich war damals auf diese Gespräche gar nicht vorbereitet und muß gestehen, daß sie mich schlicht überforderten. Dabei fiel mir auf, daß keine der dort anwesenden Frauen anderen etwa Ratschläge erteilte, wie sie sich denn verhalten könne, um etwas zu ändern. Es ging einfach ums Erzählen. Die neben mir sitzende Frau erklärte es mir: „*This is how we help each other. We just listen.*“

Seit einigen Jahren werden auch viele mächtige Männer im Kontext von Gewalt gegen Frauen sichtbar. Zwelinzima Vavi zum Beispiel, Generalsekretär der COSATU, wurde der Vergewaltigung beschuldigt. Die Vergewaltigung stritt er ab, gab aber zu, seine Ehefrau betrogen zu haben – und betonte, daß er sich bei ihr entschuldigt habe. Über Jacob Zuma will ich an dieser Stelle gar nicht reden.

Was diesmal fehlte: „*witchcraft*“. Es gab Jahre, in denen Hexerei in der Stadt ein dominantes Thema war. In einem sehr langen Interview, das ich im März 2003 mit Tsere Mona, einem jungen Mann aus Langa, über seine Schulausbildung und seinen Alltag führte, war das der rote Faden, auf den wir uns beide einließen. Als Township-Bewohner mit immer wieder unterbrochener Schulausbildung sah Tsere einer unsicheren Zukunft entgegen: Geradezu täglich mußte er sich zu den Gangs positionieren, die seine Gegend dominierten. Wie sollte er als junger Mann da herausgehen? „*We have to become a man by the things that you do in the location, like show the respect, and*

respect everyone, not like shouting all the time, or doing naughty things. You see, only a man, like by your dignity, you have self-respect, ja, you are a man.“

Was hatte ihm das Ende der Apartheid gebracht? „*1994 was the grand election, Mandela, he was the president of South Africa... but to me, change is... I see some of the change at school, even the houses, they will build houses for people to live, even school, we've got textbooks free and stationary free, ... but they even change not, you see, like to me, it's like the same, the same, in the apartheid time, because seriously, okay, there are changes but as a black when we are wearing Nike, or maybe a track suit of Nike, ja, you are a thug... if you are wearing a track suit or a training shoe, or what, you are a thug to them.*“

Heute hängen Flugblätter und Werbung an Elektrizitätsmasten und Kreuzungen. Gesucht und angeboten werden *healing* und *medicines*. In einer Großstadt wie Johannesburg verschmelzen viele Probleme: soziale und politische Umbrüche, die nicht nur in Johannesburg generiert werden, sondern insbesondere aus Zimbabwe und anderen Regionen des Kontinents dorthin gebracht werden, Urbanisierung, Arbeitslosigkeit, ein kaum zu bestreitender Lebensunterhalt und Unterversorgung mit Unterkunft, Angst vor Fremden und Kriminellen, die permanente Gegenwart des Todes wegen Gewalt, Unfall, und Krankheit. Solchen Bedingungen der Ungewißheit ist geschuldet, daß spirituelle und kommerzialisierte *healing*-Angebote eine große Nachfrage genießen. Auch auf einem Sender wie Soweto TV ist zumindest das Sonntagsprogramm ganztägig durch die Übertragung von Gottes-

Konjunktur von Heilmitteln und Religionen

Gewalt gegen Frauen

diensten, Propheteneinlassungen usw. strukturiert. Denn ein gesundes, bedeutungsvolles, sicheres Leben bleibt schwer zu organisieren, bleibt eine riesige nie enden wollende Herausforderung. Zwischen diesen Polen, dem absoluten und aggressiven Reichtum und den Welten der Abgehängten, liegt die Welt einer Michelle, die sich als junge Promovendin eine Wohnung kaufen kann. Wie viele andere zählt auch sie zu solchen jungen Leute, die dableiben, die einen Unterschied machen wollen. Sie wollen nicht auswandern, wie um Beispiel viele Gesundheitsarbeiter, die dafür gute Gründe haben. Michelle, wie gesagt, ist eine junge Kollegin, herausragend qualifiziert nach gutem Abschluß, mit Kußhand von *Standard Bank* genommen. Doch eines Tages wurde sie einbestellt – nichtsahnend, wie sie sagt – mit vielen, vielen Kollegen, und allen wurden ihre bevorstehenden Entlassungen mitgeteilt. Anders als in anderen Branchen bekam sie zumindest eine Abfindung. Aber sie war arbeitslos – und Arbeitslosenunterstützung ist in Südafrika quasi nicht existent. Da sie aber schon nach kurzer Zeit eine Stelle als Lecturer und neuerdings sogar als Mitarbeiterin an der Wits erhalten konnte, war es ihr möglich, die Abfindung nicht für ihren Lebensunterhalt aufzubreuchen. Sie konnte sich eine Wohnung in Parkhurst kaufen. Das nun wiederum ist nicht schlecht – für eine Promovendin. In Oxford, wo sie ihren Master machte, wäre das völlig undenkbar gewesen. Und das ist ihr auch bewußt. Deshalb also unter anderem ihre Entscheidung in Südafrika zu bleiben: Weil für sie dort Chancen bestehen.

Zum Schluß die Frage, wohin steuert dieses Land? Als Historikerin bin

ich natürlich nicht besonders prädestiniert, hier Antworten zu liefern. Ich leite zwar Forschungsfragen aus den Bezügen der Geschichte zur Gegenwart ab, befasse mich aber mit der Langfristigkeit von erfolgten Transformation, bette diese in ein Herkommen ein, suche nach Brüchen und Kontinuitäten und immer auch den Menschen bzw. dem menschlichen Handeln darin. Ich interessiere mich sogar für Propheten aus dem 17. und 18. Jahrhundert – also alles weit zurückliegende und nicht unmittelbar auf eine Gegenwart zu beziehende Themen und Fokussierungen.

Trotzdem gehe ich mit Südafrika auf Tuchfühlung und versuche, Entwicklungen einzuschätzen – weniger durch zahlenmäßige Erhebungen und auch nicht durch die Anwendung ausgeklügelter Modelle (die aber oft auch nicht treffend vorhersagen).

Und was sehe ich?

- ein Klima, das zunehmend ungemütlicher wird;
- den festen Willen vieler, trotz aller Widrigkeiten mitbestimmen zu wollen, die Bereitschaft und die Kraft, sich aufzuregen;
- eine politisch für mich unabwägbar Situation. Wahrscheinlich sollte man den Vortrag einer Person, die sich Wissenschaftlerin nennt, so nicht abschließen; aber für mich steht nicht fest, wie dies Land politisch in fünf Jahren aussieht.

Kirsten Rüter ist Professorin für Geschichte Afrikas an der Universität Wien (Institut für Afrikawissenschaften) mit den Arbeitsschwerpunkten Kolonialismus und Christianisierung in Afrika; Professionalisierung afrikanischer Heiler in Südafrika; Familien- und Verwandtschaftsforschung; Globale Dimensionen afrikanischer Geschichte.

...spektrum...

Afrikanische Union. Mit einem „E-Mail aus der Zukunft“ forderte die Kommissionsvorsitzende der *African Union*, die frühere südafrikanische Außenministerin Nkosazana Dlamini-Zuma, die 22. Versammlung der Staatsoberhäupter Afrikas zur Fortsetzung des Reformprogramms „*Agenda 2063*“ auf. Die routinemäßige Tagung wurde am 30. Jänner 2014 in Addis Ababa eröffnet.



Eröffnung der Assembly der African Union in Addis

Das E-Mail von „Nkosazana“ an einen hypothetischen „*Kwame Nkrom*“ schildert die Vision eines wirtschaftlich starken und autarken Kontinents: „*Mein Freund, Afrika ist vom Rohstoffexporteur mit schrumpfendem industriellen Sektor, der es im Jahr 2013 war, zu einem Exporteur von Nahrungsmitteln, zu einem globalen Zentrum der Produktion und zu einem wichtigen Wissensstandort geworden. Ein Kontinent, der zusätzlich zu fossilen Brennstoffen Wasser-, Sonnen-, Wind- und geothermale Energie nutzt. Ein Kontinent, der in Frieden lebt, weil die Ursachen von Konflikten beseitigt hat. Ein Afrika, das in seine Menschen investiert, vor allem in die Jugend und in die Frauen – sie sind es, die Frieden realisieren.*“

INDABA schließt sich dieser Vision der Afrikanischen Union an. „*Sie ist unmöglich, bis sie vollbracht ist*“, so Dlamini Zuma.

Wirtschaftskrise in Zimbabwe.

Nur unter Zusicherung der Anonymität nahm ein 43jähriger Vertreter des Industrieverbandes von Zimbabwe am 18. November zur aktuellen wirtschaftlichen Situation Stellung. Daß der Industriesektor in einer Krise ist, sieht auch der außenstehende Betrachter: Dutzende Fabriken im ganzen Land rosten vor sich hin, einstmals florierende Industriezentren verfallen, ob sie je wieder in Gang gesetzt werden können, ist ungewiß.

Oberflächlich betrachtet sähe das Bild nach dem Sieg Robert Mugabes bei den Parlamentswahlen im Juli rosiger aus, sagt der Repräsentant der *Confederation of Zimbabwe Industries (CZI)*: Die Prognosen seien positiv, die Landwirtschaft beginne sich zu erholen, die Inflation ist unter Kontrolle, und der Aktienmarkt belebt sich langsam wieder. Die Industrie aber, die ursprünglich ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts erzeugte, liegt am Boden. Fabriken von Harare im Norden bis zur zweitgrößten Stadt des Landes, Bulawayo, im Süden arbeiten laut CZI nur zu einem Drittel ihrer Kapazität, mehr als die Hälfte noch unter dem Niveau des letzten Jahres. „Die Firmen brechen zusammen, es ist völlig unklar, welche Zukunft es geben wird“, sagt der ungenannt bleiben wollende Gesprächspartner des „*Namibian*“.

Zimbabwes neuer Finanzminister Patrick Chinamasa erwartet zwar ein Wachstum von 6,1% im Jahr 2014 (heuer 3,4%), die Arbeitslosigkeit wird aber bei den geschätzten 80% (!) bleiben. Die Wirtschaft des Landes schrumpfte durch die politische Krise seit der Jahrtausendwende um etwa 45%, erst nach der Formierung der Koalitionsregierung zwischen ZANU PF und den beiden MDCs gab es eine Erholung.

Industrievertreter kritisieren nicht direkt die Politik, berichten aber, daß das Vertrauen der Unternehmer seit dem überwältigenden Wahlsieg Mugabes Ende Juli (INDABA 79/13) wieder drastisch gefallen sei. Als eine Ursache des Niedergangs der Industrie gilt die von Mugabe erzwungene „Indigenisierung“, aufgrund derer ausländische Firmen die Mehrheit der Anteile an Einheimische verkaufen mußten.

Einem Bericht der *Financial Gazette* vom 13. Februar zufolge herrscht Unklarheit über die budgetären Auswirkungen der zwischen Regierung

und den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes im Jänner vereinbarten Gehaltssteigerungen. Derzeit entfallen 68% des Budget auf Gehälter, im laufenden Haushalt sind jedoch keine Anhebungen vorgesehen. Hinzu kommt, daß sich die Einnahmen der Regierung infolge eines wachsenden Handelsbilanzdefizits ungünstiger als prognostiziert entwickeln.

Finanzminister Chinamasa wird mit der Aussage zitiert, daß die Lohn erhöhungen erst im April ausgezahlt werden können, obwohl eine rückwirkende Auszahlung ab Jänner vereinbart wurde.

Neue Botschafter aus Namibia und Südafrika



Wir begrüßen die beiden neuen Botschafter: Simon Madjumo Maruta aus Namibia und Tebogo Seokolo aus Südafrika. Die Überreichung der Beglaubigungsschreiben an Bundespräsident Heinz Fischer fand am 11. November 2013 bzw. am 16. Jänner 2014 statt.

Botschafter Maruta war bereits 1997-2002 als Erster Sekretär an der namibischen Botschaft in Wien. Von hier aus führte ihn seine Karriere nach Abuja (Nigeria). 2009 war er geschäftsführender Direktor im Außenministerium in Windhoek, ab 2010 Chargé d' Affaires an der Vertretung bei den Vereinten Nationen in Genf.

Botschafter Seokolo begann seine Karriere an der südafrikanischen Botschaft in Den Haag und war zuletzt Botschafter seines Landes in der Türkei. Seit 2011 leitete er als Chief Director die Sektion für Westeuropa im Department of International Relations and Cooperation, dem südafrikanischen Außenministerium in Pretoria.

SADOCOC wünscht beiden Spitzendiplomaten eine erfolgreiche Amtszeit und einen angenehmen Aufenthalt in Österreich und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit!

Konflikt mit Kupferkonzernen in Zambia. Der zambische Staatspräsident, Michael Sata, protestierte Anfang November gegen die Machenschaften der ausländischen Kupferkonzerne und drohte ihnen mit der Entzug ihrer Lizenzen, sollten die Massenentlassungen von Arbeitern fortgesetzt werden.

Eine Woche zuvor hatte *Konkola Copper Mines*, ein an der Londoner Börse notiertes Unternehmen, die Kündigung von 1.529 Arbeitern bekanntgegeben. Als Begründung wurde die Restrukturierung der Firma angegeben, die infolge von stärkerer Mechanisierung und abnehmender Kupferhaltigkeit des geförderten Erzes notwendig geworden sei.

Die Regierung von Präsident Sata sieht dies allerdings als ein vorgeschobenes Argument. Die Kündigungen seien in Wahrheit die Gegenmaßnahme der Konzerne gegen Anordnungen der Regierung, die auf stärkere Weiterverarbeitung des rohen Kupfers in Zambia selbst ausgerichtet seien.

Die Bergarbeitergewerkschaft, *Mineworkers Union of Zambia*, fürchtet überhaupt eine Schließung des nationalen Bergbausektors, sollte sich die gegenwärtige Entwicklung fortsetzen.

Schon im Juni d. J. war es zu einem Konflikt zwischen der Regierung und den *Konkola Copper Mines* gekommen, als die Firma infolge sinkender Kupferpreise auf dem Weltmarkt 2.000 Arbeiter freisetzen wollte, dies von Sata aber verhindert wurde. Im Oktober verursachte der Plan des Managements, nicht bezahlte Arbeitgeberbeiträge für die Sozialversicherung von den Löhnen abzuziehen, Aufregung.

2010 wurden die *Konkola Copper Mines*, die zwei Bergwerke betreiben und insgesamt etwa 8.500 Arbeiter beschäftigen, wegen Verschmutzung

eines Flusses in der Copperbelt Province zu einer Geldstrafe verurteilt. Dies waren allerdings nur 4.449 US\$ - keine besonders wirksame Strafe.

Landflucht in Namibia hält an. Angesichts des ungebremsten Zuzugs von Menschen bleibe die Entwicklung von Bauland sowie die Versorgung aller Menschen mit Wohnraum inklusive Wasser-, Abwasser- und Stromanschluß die größte Herausforderung für die Hauptstadt Namibias. Das erklärte Bürgermeisterin Agnes



Auch das ist Windhoek

Kafula, kurz nachdem sie am 2. Dezember als Stadtoberhaupt von Windhoek wiedergewählt worden war. Die Stadtverwaltung arbeite mit Unterstützung der Regierung daran, eine „bessere Wohnsituation für alle“ zu gewährleisten, sagte Kafula laut Bericht der *Allgemeinen Zeitung*. Sie erwähnte dabei das vor kurzem gestartete nationale Wohnungsbauprogramm der Regierung, das staatliche Arbeitsbeschaffungsprojekt TIPEEG sowie verschiedene Projekte mit privaten Partnern (PPP) zur Entwicklung von Bauland, zum Beispiel in Auasblick (Ext. 1) und Klein-Windhoek (Ext. 4).

In einem „Jahresbericht 2013“, der zeitgleich herausgegeben wurde, wird zudem auf das Ende der Grundstücksversteigerungen eingegangen, um die Preisexplosion zu dämpfen. Bürgermeisterin Kafula bekannte sich

deutlich zu dem Vorhaben, die Lebensqualität in den informellen Siedlungen zu erhöhen. Gleichzeitig räumte sie ein, daß es eine „wachsende Zahl von Haushalten“ gebe, „die es sich nicht leisten können zu zahlen, aber von städtischen Grundversorgungen für eine bessere Qualität des Lebens abhängig sind“.

„Wahlen“ in Swaziland. Wie berichtet (INDABA 79/13), fand der entscheidende Wahlgang für das *House of Assembly* in der absolutistischen Königsdiktatur Swaziland am 20. September statt. Laut der 2006 verordneten Verfassung sind Parteien verboten, Kandidaten durften sich daher nur als Unabhängige bewerben. Welche Bedeutung das Parlament hat, ist unklar, weshalb mehrere oppositionelle Parteien, darunter auch das *People's United Democratic Movement (PUDEMO)*, zu einem Boykott der Wahl aufgerufen hatten.

Im Vorfeld hatten sich etwa 69% der rund 600.000 möglichen Wähler/innen registriert, was gegenüber den letzten Wahlen von 2008 einen Rückgang von fast einem Viertel darstellte. In den Sommermonaten wurden in Volksversammlungen, die von den traditionellen Chiefs geleitet werden, Kandidat/innen in den 385 Chieftoms (*Imiphakatsi*) des Königreichs nominiert. Mehrere Frauen wurden dabei abgelehnt, weil sie traditionellen Verhaltensnormen nicht entsprachen (zu wenig Trauer nach dem Tod des Ehemannes oder Tragen von Hosen). Aus diesen Listen wurde am 24. August 2013 jeweils ein Kandidat pro Chieftom gewählt. Obwohl diese Wahl geheim war, kam es zu zahlreichen Unregelmäßigkeiten, in einigen Wahlkreisen mußte die Wahl abgebrochen und wiederholt werden. Interessanterweise wurden bereits in diesem Stadium fünf amtierende

Minister nicht wiedergewählt.

In der letzten Runde der Wahlen am 20. September wurden 55 Abgeordnete gewählt (jeweils der Stimmenstärkste eines traditionellen Wahlkreises, des sog. *Tinkhundla*). Die Wahlbeteiligung war mit angeblich rund 80.000 Personen sehr gering. Die 55 gewählten Parlamentarier dürfen gemäß Verfassung keiner Partei zugeordnet werden, eine personelle Verschiebung im House of Assembly ist jedoch deutlich erkennbar: Nur zwei amtierende Minister und zwölf der Parlamentarier der letzten Amtsperiode konnten ihre Mandate behalten. Zu den gewählten Parlamentariern gehört auch der oppositionelle Gewerkschaftsaktivist Jan Sithole.

Laut Verfassung werden zehn Mitglieder des Parlaments vom König bestimmt, und auch der von der Regierung ernannte Attorney-General erhält ein Mandat. Die Legislaturperiode dauert fünf Jahre. Von einer Beobachterkommission der Afrikanischen Union wurden die Wahlen in Swasiland kritisiert, weil keine Parteien zugelassen waren.

Swazi-Aktivist freigesprochen.

Bheki Dlamini, der Vorsitzende des *Swaziland Youth Congress* (SWAYOCO), der Jugendorganisation von Swasilands größter (und verbotener) Partei PUDEMO (*People's United Democratic Movement*), wurde nun von Terror-Anschuldigungen freigesprochen und am 25. Februar aus dem Gefängnis entlassen – nach einem in die Länge gezogenen Prozeß, der ihn drei Jahre im Gefängnis sitzen ließ. Bhekis Mitangeklagter, Zonke Dlamini, wurde hingegen schuldig gesprochen und verurteilt. Bheki und Zonke waren unter dem Swasiland Terrorism Act angeklagt worden, Brände in Häusern von Polizeibeamten und Parlaments-

abgeordneten gelegt zu haben. Er stritt dies jedoch ab, und SWAYOCO war immer der Meinung gewesen, daß er in eine Falle der Polizei geraten war. Bheki Dlamini sagte aus, von der Polizei gefoltert worden zu sein, damit er ein Geständnis ablege.

SWAYOCO ist nichtsdestotrotz bereit, seinen Kampf um Demokratie und soziale Gerechtigkeit fortzusetzen.

Korruption in Schulen. Ein Report von *Corruption Watch* von Anfang Februar 2014 kritisiert die hohe Bestechlichkeit in südafrikanischen Schulen. 12 % aller Beschwerden, welche die Organisation 2012 erhalten hatte, bezogen sich darauf.

Wie eine Sprecherin der Organisation, Patience Mkosana, bekanntgab, zeigten die Resultate der Untersuchung, daß vor allem Direktor/inn/en, Mitglieder der Schulgemeinschaftsausschüsse und, in geringerem Ausmaß, Lehrer/innen das Schulsystem mißbrauchten, um sich selbst zu bereichern. Gelder zur Erhaltung und Renovierung der Schulen würden ebenso umgeleitet wie Budgetmittel für Lehrmaterialien und Schulbücher sowie für Schulmahlzeiten – ein Programm, das Nelson Mandela als eine seiner ersten Regierungsmaßnahmen eingeführt hatte.

Der Untersuchung zufolge waren 53% der über 3200 Befragten der Ansicht, daß Korruption in den Schulen im Steigen begriffen wäre. Den Erzählungen der Schüler/innen zufolge waren Gegenleistungen für bessere Noten sowie der Verkauf von Prüfungsfragen die häufigste Form von Bestechlichkeit – und es scheint keinen Unterschied zwischen öffentlichen und privaten Schulen zu geben.

Fast die Hälfte der Befragten war der Meinung, daß die Haltung des Direktors ausschlaggebend dafür

wäre, ob Korruption in der jeweiligen Schule verbreitet war oder nicht. 33% hielten eher die Lehrer/innen für verantwortlich.

Der Studie zufolge hätte die Provinz Eastern Cape die meisten korrupten Direktor/inn/en, der Free State hingegen die am wenigsten qualifizierten Lehrer/innen.

Eine 75-MW-Photovoltaik-Anlage

ging am 13. September in Südafrikas nördlicher Kapprovinz in Betrieb, drei Monate früher als geplant. Damit ist das Kraftwerk, das von der norwegischen Firma *Scatec Solar* errichtet wurde und betrieben wird, das erste fertiggestellte Projekt aus dem sog. REIPPP-Programm (*South African Renewable Energy Independent Power Producer Procurement Programme*).

Das Kraftwerk besteht aus mehr als 312.000 Solarmodulen, die auf einer 156 km langen Unterkonstruktion angebracht sind, aus Gleichrichtern, Transformatoren und einer HV-Unterstation. Der Strom, der in der ans Netz gegangenen PV-Anlage erzeugt wird, wird über eine 20-jährige Stromvergütung verkauft, die mit *Eskom*, dem nationalen Energieunternehmen von Südafrika, vereinbart wurde.

Die Jahresproduktion von 135 Millionen kWh reicht aus, um den Strombedarf von 33.000 Haushalten zu decken, und stellt eine CO₂-Einsparung von jährlich fast 115.000 Tonnen dar. Das erforderliche Investitionskapital für das Projekt wurde über die *Standard Bank*, die größte kommerzielle Bank Südafrikas, finanziert. Mitte 2014 sollen zwei weitere bereits in Bau befindliche Kraftwerke mit einer Kapazität von zusammen 115 MW fertiggestellt werden (www.oekonews.at).

Ja, wir hatten von Moçambique generell den Eindruck, daß es ein Land ist, das Zukunft haben könnte, wirtschaftlich ja auch beachtlich gewachsen ist, durchschnittlich 10% von einem sehr niedrigem Niveau aus. Das Problem aber sind die fehlenden Facharbeiter, da müßte man einiges investieren, daß sie also die jungen Menschen zu Facharbeitern ausbilden.

– sonst habe ich nichts zu befehlen bei der Bank.

Gab es schon konkrete Ergebnisse?

Es war eine Fact Finding-Mission sozusagen. Wir wollten einmal schauen, was dieses Land braucht, was es bieten kann, wo es Kooperationsmöglichkeiten gibt.



Die österreichische Delegation beim Gouverneur von Beira, Felix Paulo

Das Land selbst ist sehr fokussiert auf Kleinlandwirtschaft, angeblich sind 90% der Frauen dort tätig. Die haben also ihren Gemüsegarten und pflanzen das an, was sie zum Essen brauchen. Auch 70% der Männer sind in der Landwirtschaft tätig. Da müßte man also einiges tun, um sozusagen die Landwirtschaft – das klingt zwar nicht sympathisch, es ist aber einfach so – zu industrialisieren.

Ein springender Punkt dabei sind allerdings die Eigentumsverhältnisse, derzeit ist Grund und Boden ja staatlich. Die Eigentumsverhältnisse sind für alle Investitionen relevant: Ich muß natürlich Land so besitzen können, daß ich es auch verkaufen kann, das heißt Land muß verkehrsfähig sein

Der Boden war gut vorbereitet, einerseits durch unseren Handelsdelegierten in Johannesburg und die Koordinatorin der *Austria Development Agency (ADA)*, die vor Ort ist und uns sehr kompetent begleitet hat. Andererseits ist es für manche Firmen, die dabei waren, schon über das *fact finding* hinausgegangen. Wir hatten schon im Februar eine moçambikanische Delegation unter Wirtschaftsminister Antonio Iroga bei einem Länderforum in Wien, das beinhaltet immer auch firmen- oder branchenbezogene Kontakte. Und da hat es in Bereichen wie Spitäler, Spitalsbau, Brückenbau oder bei Feuerwehrfahrzeugen schon Vorgespräche gegeben, es wurden Verträge unterzeichnet, die Projekte

sind in Gang. Für diese Firmen war es praktisch ein Follow-up.

Mein Eindruck von den Gesprächen, die wir in den verschiedenen Ministerien geführt haben, war ein sehr positiver. Die Wirtschaftsminister, der stellvertretende Finanzminister, der Präsident der Handels- und Industriekammer und die Beamten, alle waren durchwegs ausgezeichnet vorbereitet und sehr sachorientiert. Den Eindruck hatten wir schon von der Delegation gehabt, die im Februar in Wien war, sie waren nicht am Einkaufen interessiert, sie kannten ihre Materie gut und haben Verträge ausverhandelt. Das hat einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen. Auch von den Firmen habe ich mehrheitlich sehr positive Reaktionen gehört: Die Gespräche waren gut, die Gesprächspartner waren die richtigen, also ich könnte mir vorstellen, daß es zu einem Follow-up kommt.

Und gab es auf moçambikanischer Seite Interesse für Berufsbildung?

O ja, das kann man schon sagen. Wie ernst es ist, weiß ich natürlich nicht. Es waren einige Firmen mit, die in beruflicher Bildung tätig sind und Trainer/innen ausbilden, die dann vor Ort selber tätig werden können. Die meisten teilnehmenden Firmen waren allerdings an Infrastruktur interessiert, wobei ich jetzt auch Spitäler zur Infrastruktur rechne. Außerdem ist es notwendig, daß es in Moçambique eine leistungsfähige Nord-Süd-Verbindung gibt, die meisten Straßen und Eisenbahnen gehen von Westen nach Osten zu den Hafenstädten, die sind wichtig für den Erz- und Kohletransport aus den westlichen Nachbarländern und leider zu wenig tragfähig, aber ganz deutlich wurde gesagt, daß auch eine leistungsfähige Nord-Süd-Verbindung fehlt.

Neue Wirtschaftspolitik

Südafrika kündigt Investitionsschutzabkommen

Geteilte Reaktionen auf die einseitige Kündigung mehrerer Investitionsschutzabkommen mit europäischen Staaten durch Südafrika (INDABA 76/12). Während die EU-Kommission verärgert ist, begrüßen entwicklungspolitische Kreise die neue Politik von Wirtschaftsminister Rob Davies. Elisabeth Beer über die Hintergründe.

Die Weltöffentlichkeit schenkt der Tatsache, daß Südafrika seine bilateralen Investitionsschutzabkommen (BITs) mit den europäischen Staaten einseitig kündigt, große Aufmerksamkeit. Etliche Kommentatoren sehen in dem politischen Schritt die Übernahme der Federführung Südafrikas bei dem Versuch, die Rechte und Pflichten von Staaten und ausländischen Investoren wieder in Balance zu bringen. Nobelpreisträger Joseph Stiglitz gratuliert Südafrika zu dem entwicklungspolitisch so wichtigen Schritt, sich zu seiner Rechtsstaatlichkeit zu bekennen; andere Länder sollten sich dem anschließen.

Andere wiederum bringen ihr Mißfallen zum Ausdruck. Europäische Diplomaten und Beamte hätten gerne ein neues unilaterales Abkommen mit Südafrika verhandelt und sehen mit der Kündigung ausländische Investoren in Südafrika verunsichert, was das Investitionsklima gefährde. EU-Handelskommissar Karel de Gucht ging gar so weit, die BITs-Kündigung als „schlechte Politik“ zu brandmarken.

Bilaterale Investitionsschutzabkommen – solche gibt es mittlerweile mehr als 4000 an der Zahl – werden traditionellerweise zwischen Industrie- und Entwicklungsländern abgeschlossen. Um zusätzliche Investitionen

anzulocken, verspricht das Gastland darin weitreichende Investorenrechte (Inländergleichbehandlung, faire und gerechte Behandlung, prompte Entschädigungszahlung bei Enteignung bzw. Maßnahmen mit „enteignungsähnlicher Wirkung“, freier Kapitalverkehr) sowie bei Verletzung derselben die Möglichkeit, nationale Gerichte auszusparen und direkt ein privates ad hoc-Schiedsgericht anzurufen. Südafrika schloß nach der Wende mit europäischen Ländern zahlreiche Investitionsschutzabkommen mit einer Laufzeit von zehn Jahren und automatischer Verlängerungsklausel ab, um sich als investitionsfreundliches Gastland zu präsentieren. Bis 2013 waren es 47.

Die Kündigung der BITs ist wohl die einzig richtige Reaktion auf die Klage „*Foresti gegen Südafrika*“, mit der der italienische Granitbergbaubetreiber die *Black Economic Empowerment*-Politik vor einem privaten ad hoc-Schiedsgericht bekämpft hatten. INDABA informierte seinerzeit ausführlich darüber (INDABA 67/10). Südafrika ist zu diesem mutigen Schritt zu gratulieren – nur wenige Regierungen zeigen den politischen Mut, Fehler in ihrem Handeln einzu-

gestehen und Konsequenzen zu ziehen. Zur Erinnerung: Die Mitglieder der italienischen Familien Foresti, Carli und Conti, die ein südafrikanisches Granitbergbauunternehmen betreiben, fühlten sich durch das *Black Economic Empowerment*-Gesetz in ihren Besitzrechten verletzt und klagten den südafrikanischen Staat Anfang 2005 wegen Enteignung. Sie argumentierten, daß das alte Bergbaurecht durch das Gesetz aufgehoben würde, ohne daß es ein rechtsstaatliches Entschädigungsverfahren gegeben hätte. Die Eigentumsrechte seien durch die Auflagen, im Apartheidregime ökonomisch marginalisierte Bevölkerungsgruppen zu bevorzugen, entwertet worden, und forderten eine Entschädigungssumme von 270 Mio. Euro.

Das ISCID-Schiedsgericht behandelte den Fall nicht abschließend, weil der Regierungsvertreter Südafrikas Ausgleichsangebote machte, um eine Einigung außerhalb des Verfahrens zu erzielen. Diese Einigung bestand darin, daß für die Granitindustrie das *Black Economic Empowerment*-Gesetz abgeändert wurde.

Politisch geriet die Regierung damit unter massiven Druck, weil offenkundig wurde, daß multinationale Konzerne

Foresti gegen Südafrika

mit ihrem exklusiven Klagsrecht Staaten erpressen können. Der südafrikanischen Regierung ist dabei durchaus zugute zu halten, daß sie rasch in eine Reflexionsphase gegangen ist. Andere Länder, wie beispielsweise Deutschland, das vom schwedischen Energiekonzern Vattenfall bereits das zweite Mal – diesmal wegen dem Atomausstiegsgesetz – verklagt wurde, sind weit davon entfernt, öffentlich Selbstkritik zu äußern.

Die südafrikanische Regierung setzte eine Untersuchungskommission ein. Diese sollte klären, wie es überhaupt dazu kommen konnte, daß Südafrika BITs mit Vertragstexten abgeschlossen hat, die den grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen des Landes entgegenlaufen. Der Bericht, der 2009 vorgelegt wurde, geht kritisch mit der Verwaltung, aber



Finanzminister Pravin Gordhan, ein führender Gestalter der Wirtschaftspolitik

auch mit der Politik zu Gericht und macht Vorschläge für eine künftige Investitionspolitik. Er konstatiert, daß die Beamten nur im Interesse der Kapitaleigner gehandelt hätten, ohne Schutzklauseln für gesellschaftspolitische oder öffentliche Interessen

vorzusehen. Folgenabschätzung und Politikkohärenz wurden nicht bedacht. Die Kommission zieht die Schlußfolgerung, daß die abgeschlossenen BITs nicht im langfristigen Interesse Südafrikas seien und diese daher neu zu verhandeln sind.

Da die Verträge auf zehn Jahre abgeschlossen wurden, dauerte die Umsetzung der Kommissionsempfehlungen einige Jahre. Mit Ablauf der Frist kündigte Südafrika 2013 die europäischen BITs, darunter auch jenes mit Österreich.

Handels- und Industrieminister Rob Davies argumentiert, daß Südafrika sich nach der Unabhängigkeit gezwungen gesehen habe, BITs auf Kosten der nationalen Handlungsspielräume abzuschließen, um der westlichen Wirtschaft zu signalisieren, daß sie investorenfreundliche Rahmenbedingungen im Neuen Südafrika vorfinden würde. Die Abkommen wurden allerdings schlecht vorbereitet, und so schlichen sich schwere Mängel ein. In der Zwischenzeit habe Südafrika der Welt zeigen können, daß es einen gefestigten Rechtsstaat habe und seine Verfassung ohnehin Investitionsschutz für alle gewähre.

Die BITs gewähren ausländischen Investoren, die sich zum Zeitpunkt der Kündigung im Gastland befinden, noch weitere 20 Jahre Investitionsschutz. Diese „Sunset-Klausel“ stellt sicher, daß nicht in die Rechte der getätigten Investitionen eingegriffen werden kann. Nur für zukünftige ausländische Investoren gelten die gekündigten BITs nicht.

Südafrika legte den gekündigten BITs-Partnerländern einen Vertragsentwurf für einen alternativen Inve-

stitionsschutz zur Begutachtung vor. Eine *Promotion and Protection of Investment Bill* soll die BITs ersetzen und Rechte und Pflichten des Staates sowie der Investoren regeln, unabhängig ob diese inländische oder ausländische sind. Für Gesetzesverletzungen sollen nationale Gerichte sowie die Berufungsinstanzen zuständig sein.

Verfechter der BITs kritisieren, daß die *Promotion and Protection of Investment Bill* nicht den hohen Schutzstandards der BITs entspricht. Der Gesetzesentwurf gewähre den Investoren keine exklusiven Klagsrechte und keine „faire und gerechte“ Behandlung, das Einfallstor für die meisten Investorenklagen. Die Einschränkung der Exklusivrechte ausländischer Investoren dürfte aber durchaus politisch gewollt sein!

Südafrika ist mit diesem politischen Schritt nicht das erste und einzige Land. Bolivien z. B. hat vor einigen Jahren unmittelbar die Konsequenzen aus der eklatanten Interessenschieflage in den abgeschlossenen BITs gezogen und in der neuen bolivianischen Verfassung die Kündigung und anschließende Neuverhandlung von Investitionsabkommen binnen vier Jahren verankert. Ebenso hat Venezuela seine BITs nach zahlreichen Klagen von US-amerikanischen Multis gekündigt. Seit Jahren artikulieren sich in Südamerika, dem Kontinent mit den meisten Klagsfällen, viele kritische Stimmen, auch auf Regierungsebene. Und Brasilien und Indien haben überhaupt nie BITs abgeschlossen.

Elisabeth Beer ist Referentin in der Arbeiterkammer Wien und beschäftigt sich unter anderem mit den Auswirkungen der globalisierten Wirtschaft auf die sozialen Grundrechte.

Südafrika in guter Gesellschaft

Grundeinkommen: Ernüchterung nach hoffnungsvollem Anfang

Abwertende und schlecht informierte Bemerkungen des Präsidenten bedeuteten für das Basic Income Grant-Projekt Namibias das Aus. Hilfgelder deutscher Kirchen fließen fallweise nach Otjivero. Herbert Jauch zieht Bilanz.

Trotz einiger Verbesserungen nach der Unabhängigkeit ist Namibia immer noch tief gespalten und geprägt von großer Ungleichheit bezüglich Einkommen und Lebensstandard. Vor mehr als zehn Jahren rief die namibische Regierung eine Steuerkommission ins Leben, welche die Steuergesetze und Regelungen des Landes untersuchen und Verbesserungsvorschläge machen sollte. Diese Kommission schlug unter anderem die Einführung eines Grundeinkommens für alle Namibianer/innen vor. Gedacht war an etwa 100 *Nam-Dollar* (ca. 8 Euro) pro Person pro Monat. Dies sollte von der Geburt bis zum Erreichen des Rentenalters ausgezahlt werden.

Die Kommission sagte, daß ein solches Grundeinkommen die enormen sozialen Ungleichheiten verringern würde und der Ungleichheitsindex (der *Gini-Koeffizient*) in Namibia von 0.7 auf 0.6 fallen würde. Die Steuerkommission schlug vor, das nötige Budget für ein Grundeinkommen durch Steueränderungen nach dem Prinzip der Umverteilung zu finanzieren.

Trotz dieser Empfehlung hat die namibische Regierung bisher kein Grundeinkommen eingeführt. Widerstand gab es z. B. im Finanzministerium, aber auch vom *Internationalen Währungsfond (IWF)*, der ein Grundeinkommen kategorisch ablehnt und starke Lobbyarbeit gegen

die Idee betreibt. Andererseits standen aber auch einige Politiker dieser Idee offen gegenüber wie z. B. Premierminister Hage Geingob.

Die Idee des Grundeinkommens für alle fand auch große Unterstützung bei Kirchen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, AIDS-Gruppen und anderen Nicht-Regierungsorganisationen. Sie gründeten im Jahre 2004 eine Grundeinkommenskoalition, die es sich zur Aufgabe machte, die namibische Bevölkerung und Regierung von der Idee zu überzeugen.

Nach zweijähriger Kampagne war die Regierung aber immer noch nicht willig, das Grundeinkommen einzuführen. Die Koalition beschloß daher, das Grundeinkommen für zwei Jahre als Pilotprojekt in einem Ort einzuführen. Die-

ses Projekt wurde wissenschaftlich begleitet, um die praktischen Auswirkungen genau zu dokumentieren.

Die Ortschaft Otjivero im Omitara-Distrikt im Osten Namibias wurde für das Pilotprojekt ausgewählt. Dort lebten etwa 1.000 Leute unter sehr armen Verhältnissen in einer Well-

blechsiedlung, umgeben von weißen, überwiegend wohlhabenden und deutschstämmigen Farmern. Die Koalition sammelte Gelder in Namibia selbst



Herbert Jauch mit den Teilnehmer/innen der ÖNG-Studienreise 2013 in Katutura

sowie auch von Kirchen in Deutschland, um das Projekt in Otjivero zu finanzieren.

Vor der Einführung dieses Grundeinkommens war die soziale Lage der meisten Einwohner Otjiveros erschreckend. Unterernährung, Hunger, Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit prägten das Leben. Bereits nach

**Extrem
ungleiche
Verteilung**

Wenig Wasser im Pangani-Delta

Klimawandel und Übernutzung führen zu Konflikten

Im Delta des Flusses Pangani im Nordosten Tanzanias wird die Gefahr von Wasserkonflikten immer größer. Massai-Hirten und Bauern, die beide auf das kostbare Naß dringend angewiesen sind, kommen sich hier ins Gehege. Vieh- und Landwirtschaft verschärfen die klimabedingten Probleme noch weiter, schreibt Kizito Makoye (ips).

Im letzten Jahrzehnt kamen Hirten auf der Suche nach Wasser und Weideland mit zehntausenden Nutztieren ins Delta. Wie die Bezirksbeauftragte von Pangani, Hafsa Mtasiwa, berichtet, sahen sich die Massai nach der Übernutzung ihrer traditionellen Gebiete gezwungen, sich nach neuen Weidegebieten umzusehen. In den letzten drei Jahren hatten 2.987 Hirten fast neunzigtausend Kühe und noch mehr Ziegen in das Tieflandbecken getrieben und dabei wertvolles Agrarland zerstört.

Die Regierung des ostafrikanischen Landes versuchte zwar, den Zuzug so vieler Menschen und Tiere zu kontrollieren, doch forderten Koordinierungsschwächen ihren Tribut.

„Wir haben es hier mit einem sehr komplexen Problem zu tun“, betont Mtasiwa. „Um es zu lösen, wäre ein allgemeiner Konsens zwischen beiden Parteien vonnöten.“

Die wachsende Nachfrage nach Wasser und Land setzt dem 48.000 Quadratkilometer großen Flußdelta zu. Nach Angaben der Initiative für Wasser und Natur des Weltnaturschutzbundes (IUCN) leben im Pangani-Becken rund 3,4 Millionen Menschen. „80 Prozent hängen von der Subsistenzlandwirtschaft ab, und unter dem

Rückgang der Wasserreserven leiden vor allem die Ärmsten der Armen.“

Das tanzanische Amt für Meteorologie (TMA) führt den Rückgang der Wasserreserven in den letzten zehn Jahren auf Veränderungen der Niederschlagsmuster zurück. Hatten einige Gebiete vor einer Dekade noch jährlich 990 Millimeter Regen verzeichnet, ist die Menge inzwischen auf die Hälfte zurückgegangen. „Die Auswirkungen des Klimawandels lassen sich

nur sehr schwer voraussagen. Sie sind nicht immer gleich. Es kommt vor, daß es nach einer Dürre zu Überschwemmungen kommt. Deshalb ist es so wichtig, daß wir uns den Klimaanomalien anpassen“, unterstreicht die TMA-Generaldirektorin Agnes Kijazi im Telefongespräch mit IPS.

Der größte Teil des Wassers wird vorwiegend für die Bewässerung und Stromgewinnung verwendet. Auf der Webseite des ClimA-Net-Projekts der Carl

von Ossietyky Universität Oldenburg, das wissenschaftliche Erkenntnisse über den Klimawandel generieren soll, heißt es, daß „fast 90 Prozent des Oberflächenwassers des Pangani-Beckens in die Bewässerung und die Stromgewinnung geht“.

„Wir schlagen uns auf der Suche nach Wasser viele Nächte um die Ohren. Das wenige, das wir finden, ist für unsere Tiere bestimmt. Wir haben so viele Kühe verloren“, klagt Vincent Ole Saidim, ein junger Massai aus Pangani. „Die Bauern sollten auch unsere Lage verstehen.“ Doch die

=> Fortsetzung auf Seite 21

Nieder- schläge halbiert



Fast vertrocknetes Flußbett des Pangani



Gedanken zu Mandelas Begräbnis

Von Adalbert Krims

Rund 90 Staats- und Regierungschefs erwiesen am 10. Dezember 2013 in Johannesburg Nelson Mandela die letzte Ehre. Diese beeindruckende Beteiligung höchster Repräsentanten aus allen Teilen der Welt an der offiziellen Trauerfeier unterstrich noch einmal die herausragende weltpolitische Bedeutung Mandelas. Meine kritischen Anmerkungen beziehen sich nicht auf den Staatsakt als solchen, sondern nur auf einen Teilnehmer sowie zwei Nichtteilnehmer.

1. Absoluter Stargast war Barack Obama, dessen Rede auch mit Abstand den meisten Applaus erhielt. Und in der Tat war der Auftritt des US-Präsidenten im Stadion von Johannesburg nicht nur rhetorisch, sondern auch inhaltlich brillant. Besser hätte man Leben und Wirken Nelson Mandelas und dessen Bedeutung für die Welt nicht würdigen können. Dennoch hat eine wesentliche Dimension gefehlt: nämlich jeglicher Ansatz einer (Selbst)kritik der Rolle der USA während der Jahrzehnte der Apartheid. Zumindest hätte sich Obama dafür entschuldigen müssen, daß die offizielle US-Politik nichts für die Freilassung Mandelas getan, ja ihn sogar als „Terroristen“ eingestuft hatte. Erst 2008 (!) wurde sein Name von der US-Terrorliste gestrichen! Das Apartheid-Regime wurde viele Jahre von US-Konzernen, aber auch von der US-Regierung unterstützt. Und selbst im letzten Jahrzehnt des Bestehens der Apartheid haben die USA bei den internationalen Sanktionen gebremst. Daß Obama kein einziges Wort der Entschuldigung – oder wenigstens des Bedauerns – gefunden hat, weist seine Rede letztlich als Selbstinszenierung aus, die aber offenbar ihre Wirkung innerhalb und außerhalb Südafrikas nicht verfehlt hat.

2. Der Ministerpräsident eines anderen ehemaligen Verbündeten des Apartheidregimes zog es vor, seine Teilnahme an der Trauerfeier kurzfristig abzusagen. Der israelische Regierungschef Benjamin Netanyahu begründete seine

Absage zwar mit den „hohen Kosten“, was aber auch in Israel selbst niemand glaubte. Israelische Medien wiesen hingegen ausdrücklich darauf hin, daß Nelson Mandela in den 1990er Jahren wiederholt seine Solidarität mit den Palästinensern ausgedrückt und deren Lage mit dem der nicht-weißen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika während der Apartheid verglichen hat. Kaum thematisiert wurde jedoch die ökonomische und vor allem die nukleare Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika: Ohne israelische Technologie hätte der Apartheidstaat nie die Atombombe bauen können – und ohne südafrikanisches Uran wäre Israel kein Atomwaffenstaat. Durch sein Fernbleiben und der gleichzeitigen Anwesenheit einer großen palästinensischen Delegation unter Leitung von Präsident Mahmoud Abbas machte Netanyahu ungewollt noch einmal das historische Verhältnis der Nahost-Konfliktparteien zum untergegangenen Apartheidsystem deutlich.

3. Daß auch Österreich durch keinen hochrangigen Politiker vertreten war, ist international wohl kaum aufgefallen, dafür umso schmerzlicher jenen Österreicher/inne/n, die jahrzehntelang den Kampf gegen die Apartheid unterstützt haben. Dabei gab es für das Fernbleiben nicht einmal politische oder andere schwerwiegende Gründe, sondern offenbar politische Fehleinschätzungen und Kommunikationsfehler. Da laut Verfassung der Bundespräsident die Republik offiziell nach außen repräsentiert, wäre dessen Teilnahme am logischsten gewesen. Aber Heinz Fischer hatte Terminprobleme – vor allem wegen eines zugesagten Referates bei einem Festakt zum 100. Geburtstag von Willy Brandt in Lübeck am 11. Dezember. Mit einer Linienmaschine wäre Fischer von Johannesburg nicht rechtzeitig zu der Veranstaltung gekommen – und in Österreich gibt es kein Militärflugzeug für die Staatsspitze (wie in vielen anderen Ländern). Allerdings nahm der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck an der Trauerfeier in Johannesburg teil – und referierte am nächsten Tag bei derselben Veran-

staltung wie Fischer. Gauck flog mit einem Airbus A340 der Deutschen Bundeswehr und hätte sicher auch für seinen österreichischen Amtskollegen noch Platz gehabt. Aber offenbar war das logistische oder diplomatische Problem, von Wien aus in Berlin anzufragen, unlösbar. Der Bundespräsident fiel also aus.

Bundeskanzler Faymann und der damalige Außenminister Vizekanzler Michael Spindelegger sagten wegen der Schlußphase der Koalitionsverhandlungen ab (vielleicht hätten sie ja den Hin- und Rückflug für Vieraugengespräche nutzen können?). Nationalratspräsidentin Barbara Prammer konnte aus Gesundheitsgründen nicht fliegen (die einzige stichhaltige Begründung). So kam man noch auf den Bundesratspräsidenten, der in Österreich ja jedes Halbjahr nach Bundesland wechselt. Am 10. Dezember liefen gerade noch die letzten Wochen der Amtszeit des Wiener Vertreters Reinhard Todt. Dieser mußte aber am Tag der

Trauerfeier noch den marokkanischen Senatspräsidenten in Wien empfangen (Marokko ist übrigens das einzige afrikanische Land, das nicht der Afrikanischen Union angehört und der politisch nicht besonders wichtige Senatspräsident hätte auch von einem Vizepräsidenten des Bundesrates empfangen werden können). So flog der – ohnehin nur drittklassige – Repräsentant der Republik Österreich erst einen Tag nach der Trauerfeier nach Südafrika, wo er sich zumindest ins Kondolenzbuch eintragen konnte. Das war gewissermaßen der letzte Akt eines peinlichen österreichischen Trauerspiels und hat einmal mehr den geringen Stellenwert internationaler Politik im allgemeinen und Afrikas im besonderen gezeigt.

Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für INDABA aktuelle entwicklungspolitische Trends.

=> Fortsetzung von Seite 19

Bauern wiederum werfen den Hirten Rücksichtslosigkeit vor. „Diese Massai sind Egoisten. Sie meinen, sie haben das Recht gepachtet, wenn sie unsere Lebensgrundlagen zerstören“, meint Isinika, ein Bauer aus Pangani. „Ich kann sie einfach nicht mehr sehen. Sie sollen dorthin zurückkehren, woher sie gekommen sind.“

Die Einwohner der Region berichten, daß in den letzten sechs Monaten die Spannungen zwischen Bauern und Nomaden zugenommen haben. Im August kam es in der 600 Seelen-Gemeinde Makenya zu einem Gerangel zwischen Dorfbewohnern und Hirten, als diese versuchten, ihre Herde zu der zentralen Wasserstelle der Ortschaft zu treiben. Den Bauern gelang es, die Massai in die Flucht zu schlagen, ohne daß es Tote gab. Doch vor zwei Jahren waren in dem Weiler Mbuguni, der 18 Kilometer von der Stadt Pangani entfernt liegt, vier Bauern von aufgebracht Massai-Kriegern umgebracht worden, als diese versuchten, die

Verwüstung ihrer Maissetzlinge durch deren Vieh zu verhindern.

Omar Kibwana, ein Beamter von Mbuguni, gibt der Regierung eine Teilschuld an der Tragödie. Sie habe es versäumt, Farmer und Hirten durch Zäune voneinander zu trennen. „Das Problem hätte schon vor Jahren durch eine klare Demarkierung gelöst werden müssen“, meint er.

Die Pangani-Flußdelta-Behörde ist sich der Herausforderungen durchaus bewußt. Wie Arafa Maggidi, ein für die Behörde tätiger Ingenieur berichtet, wird der klimabedingte Wassermangel durch andere Faktoren wie Entwaldung, einen Anstieg der Zahl der Nutztiere und die Ausbreitung der Landwirtschaft verschärft. „Die Gefahr des Klimawandels und die Notwendigkeit, sich ihm anzupassen, können nicht ernst genug genommen werden“, sagt er. „Wir geben unser Bestes, um die Menschen davon zu überzeugen, wie wichtig es ist, daß sie ihre Lebensgewohnheiten ändern, damit sich ihr Leiden nicht

weiter vergrößert. Ein erfolgreiches Management verlangt die Integration aller ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen.“

Wissenschaftler gehen davon aus, daß die Temperaturen weiter ansteigen, die Niederschlagsmenge und somit auch das zur Verfügung stehende Wasser abnehmen werden. Pius Yanda, Professor an der Universität von Dar es Salaam und Mitglied des Weltklimarats, rechnet damit, daß die Temperaturen noch vor Ende des Jahrhunderts um 1,8 bis 3,6 Grad Celsius steigen werden, die Niederschläge nachlassen und die Wasserverdunstung im Delta zunimmt.

Angesichts der düsteren Zukunftsprognosen trauern viele Menschen vor Ort den vergangenen Zeiten nach, als der Pangani und seine Nebenflüsse noch ausreichend Wasser mit sich führten. „Der Fluß hat seine besten Zeiten hinter sich“, bedauert Fundi Mhegema aus Buyuni, einem Dorf in Pangani. „Einige Fischarten sind bereits verschwunden. Das ist furchtbar.“

Privatperson formen gemeinsam mit Architekturbüro *Dafonchio and Associates* und der Hausverwaltung *Mafadi* die Hauptakteure der Stadtteilverjüngung. Mafadi betreut übrigens auch den berühmten Pontetower, den exklusiven Wohnturm der 70er und später Wahrzeichen des urbanen Verfalls und Kriminalität – auch da kann man jetzt wieder sicher wohnen.

Der *Maboneng Immobilien Report* spricht von einem nominalen Wachstum von 45% in 36 Monaten; dies entspricht einem jährlichen Anstieg von 15% (bei städtischen 0-9%) oder durchschnittlich 8,7 ZAR/m² auf 12,8 ZAR/m².

Die Nutzungsmischung rund um drei Straßenzüge im *Maboneng Precinct* (Commissioner, Fox und Main Street) bietet Unterhaltung in zwölf Restaurants bzw. Bars, acht Galerien, siebzehn Geschäften mit Fokus auf Fashion, Interieur und Design, weiters ein Alternativkino, ein kleines Theater, Hotel, Backpackers, Fitnesscenter und Yogastudio. Dazwischen Events und „pop-up“-Bespielung wie Nachtmärkte, Streetart-Touren und Freilichtkino. Demographisch bilden Studierende, Kreative, junge Entrepreneurinnen und Angestellte aller Hautfarben den „Ort des Lichts“. Das Verhältnis von Bewohnern zu temporären Nutzern liegt bei 1:3, das heißt, daß drei Mal mehr Menschen den Stadtteil als Besucher nutzen als dort wohnen.

Man rühmt sich, eine integrative Nachbarschaft zu sein, doch quert man einen weiteren Block, so befindet man sich in der Realität von Johannesburg. Der Film „*Jeppe on a Friday*“ betrachtet gekonnt fünf Repräsentanten der Nachbarschaft – den Müllsammler und Überlebenskünstler, einen westafrikanischer Restaurantbesitzer, den Bilderrahmenmacher indischer Herkunft, einen Volksmusiker am lokalen Markt für traditionelle Medizin und den Chef einer Bau-trägerfirma.

Kritische Stimmen, vor allem aus akademischen Kreisen, sprechen inzwischen klar von Gentrifizierung – niemand aus Jeppestown könne sich ein Getränk geschweige denn die Miete des aufkommenden Stadtteils leisten. Auch die zentralistische Verwaltungsform



Filmstill aus „*Jeppe on a Friday*“

des Stadtteils und Privatisierung des öffentlichen Raumes wird beanstandet. Liebmann argumentiert, er habe mit *Property* nie ein Wohngebäude aufgewertet, doch die verlassenen Industrie- und Lagerhallen bildeten sehr wohl Wohnraum – wenn auch informell.

Darüber hinaus kam es im Dezember 2012 zur Räumung eines anliegenden, illegal vermieteten Häuserblocks. Bewohner kampierten wochenlang unter der Autobahnbrücke direkt vor dem Haupteingang des sonntäglichen Yuppie-Markts mit Sushi, Cupcakes und Salsa-Tanzworkshop. Nicht durch *Property* initiiert, aber dennoch eine Folge des privaten Entwicklungsgebietes, Aufwertung und Wertsteigerung.

Ein weiterer sogenannter Regenerationsbezirk ist Braamfontein – in der Nähe von Universitäten und Nachtclubs kann man nun auch untertags Café Latte trinken, in den HUB Johannesburg einmieten, Markt und Galerien in einem alten Parkhaus besuchen und seine Stadterfahrungen twittern.

Auch Newtown, im Westen der Stadt, ältestes Sanierungsgebiet von Johannesburg, mit Institutionen wie dem weltbekannten *Market Theatre* (ehemalige Markthalle), *Museum Africa*, der berühmten *Turbine Hall* (einst heruntergekommene Fabrikhalle und horizontales Slum, nun Firmensitz von *Anglo Gold Ashanti*) und diversen Bars und Restaurants rund um den Mary Fitzgerald Square, wird ausgebaut. Newtown bekommt seine eigene innerstädtische Shopping Mall, und die markanten Getreidesilos, seit Jahrzehnten ungenutzt, werden durch Fensteröffnungen und gestapelte Container zu einem Studentenheim umgenutzt. Neue Architektur in der Skyline der Stadt, doch auch nach langwieriger Recherche keine Information über die Architekten – nur Bau-träger und Investitionsmöglichkeiten werden angeführt.

Aus „*Business Improvement Districts*“ wurden „*City Improvement Districts (CIDs)*“ und „*Neighbourhood Development*“. Das Berufsfeld Urban Management, Marketing und Branding widmet sich in Zusammenarbeit mit privaten Investoren und Bau-trägern der Imageaufwertung.

Zwanzig Jahre nach dem Ende der Apartheid ist Johannesburg offiziell wieder für höhere Einkommensklassen zugänglich.

Von den Entwicklungsgebieten in Nord, West und Ost ausgehend kann man, mit geführten Touren, sogar noch tiefer in die Innenstadt vordringen. Die sicheren Stadterkundungen zu Fuß besuchen Kulturerbe und Baudenkmäler entlang diverser CIDs. So reihen sich in

Johannesburg Jahrhundertwende, Art Deco, Moderne und Brutalismus aneinander. Sogenannte „*problem buildings*“ sind heruntergekommen, illegal oder halblegal bewohnt, stehen aber auf diversen Immobilienseiten zum Verkauf – Preis steigend.

Auch sogenannte *Instawalks* (Spaziergänge mit dem iPhone in der Hand!) werden organisiert und Bilder der Teilnehmer direkt auf die Johannesburg Tourismus Seite verlinkt. Als Alternative nimmt man den global üblichen offenen Doppeldeckerbus oder schließt sich den von Nike ausgerichteten Nachtläufen an.

Seit 2012 organisiert sich in Johannesburg auch eine kritische Masse an Fahrradfahrern, deren Leitspruch „*reclaim the street*“ lokal jedoch einen etwas bitteren Beigeschmack bekommt, wenn hunderte fast ausschließlich weiße Hipster auf schicken Rädern (Fixie's sind der Topographie wegen nicht ganz so beliebt) durch die nächtlichen, alleine kaum bezwingbaren Straßen des „Ghettos“ rollen. So kam es bei Routen durch den Stadtteil Hillbrow zu tätlichen Übergriffen durch Anrainer, diverse Mobiltelefone wechselten den Besitzer.

Aber man soll ja nicht mehr über die Kriminalität reden, das schadet nur dem Image, und die letzten Freitage des Monats, dem weltweiten Datum der *critical mass*, nehmen wieder Kurs auf Maboneng, Newtown und Braamfontein.

We love Jozi!“, aber wer lebt Johannesburg? Eines der wenigen tatsächlichen Innenstadt-Objekte, in welchem sich Einkommensklassen und Hautfarben mischen, bietet *The Ansteys*, errichtet 1936, damals höchstes



Critical Mass Johannesburg

Gebäude Afrikas, mitten im CBD. Umgeben von Straßenhandel, Obst, Gemüse, Hair Salons, unzähligen Geschäften mit chinesischen Waren und hupenden Minibussen leben südafrikanische Familien, Migranten aus ganz Afrika, kreative Europäer und Südafrikaner.

Das Gebiet rund um das Art Deco Gebäude ist als „*Retail Improvement District*“ ausgerufen – eine Initiative von *Urban Genesis*. Diese bildet eines der größten sogenannten „*urban and place management*“-Unternehmen. Das Tätigkeitsfeld reicht

laut Homepage von präventiver Verbrechensbekämpfung, Reinigung und Instandhaltung, Management informellen Handels und Transports zu Verbesserung des Umfelds, Gewerbeaktivierung und -Maximierung, Marketing, Kommunikation und sozialen Programmen.



Johannesburg CBD vom Dach des Ansteys Richtung Osten

Zu diesen Programmen gehören zum Beispiel auch play. Braamfontein und das Newtown Cultural Precinct (www.urbangenesis.co.za).

Stadteilaufwertung, urbane Entwicklungsgebiete verbunden mit Marketing und Gemeinwesenarbeit existieren in vielen Metropolen, doch in wenigen Städten der Welt werden sie so schnell und mit so wenig Beteiligung der Bevölkerung oder Stadtregierung durchgeführt.

Europäische demographische Wandlungsprozesse entwickeln sich über Jahrzehnte, in Johannesburg werden sie aktiv durch rein private Geschäftsmodelle geplant und finanziert. Die Phase der Pioniere wird komplett übergangen, und „*Gentrifier*“ und „*Ultra-Gentrifier*“ werden zeitgleich mit Künstlern als Marketingstrategie für Investoren vom Entwickler implementiert und gesteuert.

Mit dem geschichtlichen Hintergrund der Segregation und Separation seiner Einwohner hat Gentrifizierung lokal jedoch auch eine zusätzliche Bedeutung. So ist Maboneng vielen Einwohnern der Stadt vorenthalten, die Bewohner bilden jedoch eine kohärente Mischung aller Hautfarben und Kulturen. Eine multikulturelle „*Gated Community*“ – ohne Balken, aber mit Security und Preispolitik.

Margot Rubin, Lehrende an der *Witwatersrand Universität* in Johannesburg und planungspolitische Beraterin, sieht das Problem in der Vernachlässigung der komplexen unterschiedlichen Ebenen der Stadt. So gibt es einen

gewaltigen Mangel an erschwinglichen Wohnraum für die Niedrig- bis Kein-Einkommensklasse.

Laut *State of the Gauteng City Region-Report* leben 26% der Einwohner unter der Ernährungs-Armutsgrenze. Johannesburg hat 184 offizielle informelle Siedlungen (Slums), und bei 40% Arbeitslosigkeit überlebt der Großteil der Bevölkerung nur durch informelle oder halbformelle Geschäftstätigkeiten und Wohnverhältnisse. Der Regierung fehlt es an Kapazitäten, dem rapiden Wachstum an Investorenprojekten mit leistbarem, städtischem Wohnraum nachzuziehen. Des weiteren mangelt es an Auflagen für Bauträger wie Mietpreisregelungen oder prozentualen Quadratmetern an Wohnfläche für Einkommensschwache bzw. die Förderung von Einkommensmischung.

Die Stadt unterstützt die exklusive Entwicklung zusätzlich durch nachträgliche Erstellung von steuerbegünstigten *Urban Development Zones* um formierte *City Improvement Districts*. Deren Service- und Infrastrukturaufwertung wird bei einer Unterstützung durch 51% der Geschäftsinteressenten, durch eine verpflichtende CID-Steuer je nach Wert des individuellen Grundstücks finanziert.

In Maboneng wurden kürzlich durch eine Zusammenarbeit mit der öffentlichen *Johannesburg Development Agency* neue Gehsteige und Straßenbegrünung errichtet. Diese Verschönerungsmaßnahme führt zu erhöhten Abgaben – auch für den Besitzer eines Gemischtwarenladens am Rande des Entwicklungsgebiets, welcher die lokale Arbeiterklasse versorgt.

Die Diskussion um Zugang zum städtischen Raum, bis vor wenigen Jahren mehr oder weniger sich selbst überlassen, ist im Oktober 2013 voll entbrannt. In der ganzen Stadt, auch um *The Ansteys*, im *Retail Improvement District*, kam es zu teils gewaltsamen Räumungen und Konfiszierung der Waren von registrierten und illegalen Straßenhändlern durch die Polizei. Eine Maßnahme im Rahmen des Innerstädtischen Management Programms genannt *Innercity Roadmap*.

Geplant wurde diese als kooperative, unterschwellige Initiative zwischen Stadt und diversen Abteilungen, privaten Interessensgruppen, Repräsentanten der CIDs und Experten. Laut Raumplanerin und Consultant Tanya Zack wurde jedoch das Wort „cleaning“ falsch interpretiert, und statt der vereinbarten Instandhaltung, Abfallwirtschaft und Reparatur kam es zur Vertreibung des mobilen Gewerbes und der Migranten.

Ähnliche Reinigungsaktionen gab es auch schon in vergangenen Jahren, doch nun soll laut Stadtregierung

endlich dem urbanen Verfall, der Kriminalität und dem Mangel an Bürgerstolz und Sinn für Allgemeingut Einhalt geboten werden.

Ganz im Widerspruch zur Verwaltung kritisieren lokale Anrainer und Besitzer von Geschäften jedoch die nun fehlenden Einkaufsmöglichkeiten, den Rückgang der Einnahmen im formellen Handel und fehlende soziale Kontrolle und somit Sicherheit im urbanen Raum. Der Straßenhandel, teilweise durch die sogenannte *smart card* registriert, formalisiert und gewissen Produkten und Standplätzen zugewiesen, bildet nur den sichtbaren Teil einer informellen Ökonomie, welche Einstieg und Überleben für einen Großteil der Stadtbewohner sichert. Die direkten und indirekten Verbindungen und Abhängigkeiten zum sogenannten formellen Wirtschaftssystem und die Ausmaße durch die Reinigungsaktion auf diese sind noch nicht erfaßt.

Durch die Unterstützung diverser Aktivisten, Akademiker und Vertreter von Organisationen pro Informellen Handel räumte die Stadt nach einem Monat ein, Straßenhandel müsse neu formalisiert werden, und ruft zur Re-registrierung auf. Bei geschätzten 7.000 Händlern ein langwieriger Prozeß und für bereits formalisierte *smart card*-Besitzer mit beglichener monatlicher Gebühr, aber zerstörten Kiosken, eine Farce.

Wortführer und Händler bleiben skeptisch und kritisieren, die Stadtregierung nutze ihre einzige Kapazität der Exekutive, um illegale Migranten aufzudecken, und fragen öffentlich nach den gewidmeten Geldmitteln und vereinbartem Prozeß.

Johannesburgs offizieller Leitspruch einer „*First Class African City*“ und Bürgermeister Parks Taus klares Vorbild „*We are turning this city into a New York of Africa*“ soll in einem Zehnjahresplan umgesetzt werden – umgerechnet 7,5 Milliarden. Euro für Infrastruktur, Transport, urbanes Management und die strikte Durchsetzung städtischer Verordnung sollen innerstädtische Regeneration und Wertsteigerung ermöglichen.

Der Diskurs einer inklusiven Stadt scheint mit der Wiederentdeckung des Goldes in Vergessenheit zu geraten, und die Tabula rasa das einzige Mittel zu sein, dem vermeintlichen Chaos entgegen zu wirken.

Bei meinem Stadtspaziergang im November 2013 habe ich Straßenzüge kaum wiedererkannt. Keine Tomaten, keine Friseure, keine Stände und Händler, dafür ein Polizeitruck alle 50 Meter und eine seltsame Spannung, wie ich sie noch nie zuvor verspürt hatte.

Und doch, so freigeräumt lassen sich „archäologische

und sich so ihrer Ressourcen und existierender Dienstleistungssysteme gewahr werden. Dies wiederum erhöht Kapazitäten für nachhaltige Regenerationsprozesse und Selbstbewußtsein für Regulierungen des privaten Sektors, um die Wertsteigerung den tatsächlichen Nutzern zugute kommen zu lassen.

Prozesse der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure brauchen lokale Modelle, Vereinbarungen und Transparenz. Aktive Partizipation und Bürgerbeteiligung können als Kontrollorgan auch der Korruption entgegenwirken und die ersehnte Sicherheit, Sauberkeit und Sinn für Bürgerstolz und Allgemeingut durch Inklusion erreichen.

Ich genieße den Luxus, mein Auto in Maboneng sogar über Nacht auf der Straße parken zu können und zu Fuß beim Gemischtwarenhändler einzukaufen, dies ermöglichen Securities. Bis vor kurzem konnte ich mein Auto auch sicher rund um *The Ansteys* parken – ermöglicht durch die soziale Kontrolle der Straßenhändler und Nutzer.

Eine Metropole im *Urban Age* braucht eine eigene Identität im globalen Kontext. Giulianis Erbe in New York ist die exklusive Stadt, dessen polierte Bezirke mit künstlicher Vielfalt programmiert werden müssen, um aktive Nutzer zu generieren.

Johannesburg ist vielfältig, hat in Jahrzehnten des Apartheid-Regimes parallele Systeme aufgebaut und bietet Programme und Ressourcen für alle Einkommensschichten. Fehlende Infrastruktur führte zu selbst-organisierter Nahversorgung, Transport und Unterhaltung. Kann dieses Potential übersetzt und anerkannt werden um emanzipierte Stadterneuerung von bottom up zu gewährleisten?

Polizeisprecher Minaar sieht den Erfolg der „clean sweep“ Aktion in verkürzten Anfahrtszeiten bei Einsätzen und unterstreicht, die Operation werde ausgeweitet, bis die Stadt „squeaky clean“ sei.

Die junge Demokratie bereitet sich auf das Wahljahr 2014 vor, 20 Jahre nach der Apartheid und fünfte Möglichkeit der Stimmabgabe für alle Südafrikaner. Johannesburg hat das Potential und vielleicht sogar die Verantwortung für eine inklusive Stadt, wie sie auf Zulu genannt wird: *eGoli – The place of gold*.

Marlene Wagner: Studium der Architektur an der TU Wien, Gründungsmitglied der NPO für Architektur und Entwicklung *buildCollective.net*, arbeitet und forscht in Johannesburg und Wien zu urbanen Strategien, angepaßter Architektur und transdisziplinären Prozessen.

Neues vom Masimbambane College

„Alle Schüler und Schülerinnen unserer ersten Maturaklasse (Grade 12 im südafrikanischen Schulsystem) sind durchgekommen“, erzählt James Urdang, Geschäftsführer von *Education Africa* in Johannesburg, mit Stolz. „92 % haben auch den Uni-Zugang geschafft, 17 % sogar mit Auszeichnung.“ In der Tat: Solche Nachrichten lassen aufhorchen in einem Land, in dem im Durchschnitt noch immer mindestens ein Drittel der Schüler/innen den Schulabschluß verpaßt.

Gemeinsam mit Ndaba Tsele, dem Vorsitzenden von *Education Africa*, befand sich Urdang im Jänner 2014 auf Einladung von Vizebürgermeisterin Renate Brauner zu Arbeitsgesprächen in Wien. Brauner ist Vorsitzende des Vereins „*Friends of Education Africa in Vienna*“, der die 1995 ursprünglich auf Anregung des damaligen Stadtrats Christoph Chorherr von den Grünen gegründete Schule im Siedlungsgebiet Orange Farm im Süden von Johannesburg unterstützt.

Warum die Stadt Wien mit ihrer emanzipatorischen Schultradition gerade eine Privatschule in Südafrika unterstütze und nicht das öffentliche Bildungswesen, frage ich die beiden bei einer Tasse Tee. Die Frage würde immer wieder gestellt, antwortet Urdang, aber man müsse den traurigen Zustand der öffentlichen Schulen in Südafrika kennen, das Ausmaß der Korruption, da sei schwer etwas zu bewegen. Und Tsele, beruflich ein prominenter Unternehmer, ergänzt: In Südafrika seien gerade Privatschulen ein Katalyst für die Reform. Man müsse den Menschen zeigen, daß Unterricht auch in einer anderen Weise erfolgen könne. „*Outreach Programmes*“ würden gemeinsam mit anderen Schulen durchgeführt, und schon allein der Erfahrungsaustausch zwischen den Eltern und Kindern stelle eine Herausforderung für die öffentlichen Schulen dar.

Anders als zu Beginn der Tätigkeit, sagt Urdang, werde das *Masimbambane College* heute von der Regierung subventioniert. Etwa zwei Drittel des Schulgeldes würden übernommen, ein Drittel müßten die Eltern aufbringen, das wären je nach Schulstufe zwischen 3.600 und 7.000 Rand. Auch kein geringer Betrag in einem Stadtteil, in dem viele arbeitslos seien. Aber andererseits: rund 40 Arbeitsplätze würden durch die Schule geschaffen, zahlreiche Aufträge an lokale Kleinunternehmen vergeben. Zunehmend würden Schwarze als Lehrpersonal eingestellt, wobei man auch von der Migration aus Zimbabwe profitiere: der derzeitige Schulleiter wie auch Mathematik- und Naturkundelehrer/innen kämen von dort.

850 Kinder frequentierten derzeit das *Masimbambane College*, der Andrang sei weiterhin groß. „*In zehn, zwanzig Jahren werden sie alle Leaders sein!*“

Walter Sauer

Impressionen aus Namibia



Mit Deutschprofessorin Lydia Williams



Busbahnhof in Windhoek



Doris Mückensturm (rechts mit gelbem Stirnband) mit ihrer OMALESHE-Tanztruppe in Oshakati



Ausstellungseröffnung im französischen Kulturinstitut in Windhoek

von Astrid und Christian Esterlus (ÖNG)

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



REMA *print*

LITTERADRUCK

Eine Druckerei mitten in der Stadt.
Wir sind eine Offset- und Digitaldruckerei mit etwa 30
MitarbeiterInnen im Herzen
Ottakrings: leicht zu finden und schnell zu erreichen.
Durch moderne Druck- und Endfertigungsmaschinen sind wir in der
Lage, auch ausgefallene Kundenwünsche umzusetzen.
Besonders im Bereich »Kunst und Kultur« konnten wir viel Erfahrung
sammeln. Der persönliche Kundenkontakt ist uns besonders wichtig.

Rema-Print-Littera Druck- und VerlagsgmbH
1160 Wien, Neulerchenfelder Str. 35, Tel: 01/403 89 26,
buero@remaprint.at, www.remaprint.at

